

STEIFE BRISE



MITGLIEDERZEITUNG DES SPD-DISTRIKTS EIMSBÜTTEL-SÜD

WINDRICHTUNG GEN SOMMER

Die SPD ist wieder da!	1
Bundestagswahl in Eimsbüttel	3
Mitgliederversammlung zur CO ₂ -Bepreisung	5
Auf nach Hitzacker!	6
AG Klimaschutz reicht Antrag für den BPT ein	7
Wir brauchen eine Antisemitismus-Prophylaxe	10
Mitmachen	12

IMPRESSUM

Redaktion Steife Brise:

K. Biesenbender & U. Giffel
SPD-Distrikt Eimsbüttel-Süd
Helene-Lange-Str. 1
20144 Hamburg

Telefon: 040/ 42 32 87 11

Vertrieb: per Email oder Post

Druck: Druckservice Jansen
Aufl.: 100

Liebe Genossinnen und Genossen,

als am 26.9. die ersten Hochrechnungen eintrudelten, wurde es schnell zur Gewissheit: Die SPD ist zum vierten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik die stärkste politische Kraft!

Es ist das Ergebnis eines tollen Wahlkampfes einer geschlossenen und entschlossenen Partei und eines Kandidaten, der in allen Kompetenzwerten seinen beiden Mitbewerber*innen meilenweit voraus war. Würde der Bundeskanzler direkt gewählt, hätten 45% für Olaf Scholz gestimmt (Laschet 20%, Baerbock 14%, Infratest dimap). Selten war ein Kandidat aufgrund seiner politischen Vita so gut auf das Kanzleramt vorbereitet – das haben die Wählerinnen und Wähler sehr klar erkannt.

War es nun nur der Kandidat und die Schwäche von Union und Grünen, die zu diesem Erfolg geführt haben? Schaut man sich die Ergebnisse etwas genauer an, wird deutlich, dass auch die inhaltliche Ausrichtung unseres Wahlkampfes deutliche Spuren hinterlassen hat. Respekt

für die Lebensleistung der Einzelnen, 12 Euro Mindestlohn, sichere Renten und Klimaschutz, der mit sicheren Arbeitsplätzen kombiniert wird – SPD hat sich deutlich als Partei der sozialen Gerechtigkeit positioniert. Im Wahlergebnis spiegelt sich das wider:

Es ist gelungen, 1,5 Millionen Stimmen von der Union zu gewinnen, die vermutlich vor allem die Stabilität mit einem Kanzler Olaf Scholz gesucht haben, und gleichzeitig 640 Tsd. Stimmen von den Linken (+ 520 Tsd. Nichtwählerinnen und Nichtwähler), für die die klare sozialpolitische Ausrichtung der SPD besonders wichtig gewesen sein dürfte.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang auch das Wahlergebnis in Ostdeutschland: Dort sind die Zugewinne der SPD im Vergleich zur letzten Bundestagswahl im zweistelligen Bereich und damit doppelt so hoch wie im Bundesschnitt. Hier würden besonders viele Menschen von einem höheren Mindestlohn profitieren. Hier dürfte aber auch das Versprechen des Respekts, der Kommunikation auf Augenhöhe, auf besonders fruchtbaren Boden gefallen sein.

Ein Blick auf das Wahlverhalten nach der Tätigkeit zeigt, dass wir vor allem durch die großen Zuwächse bei Rentnerinnen und Rentner gewinnen konnten. 34% (+10) gaben uns hier die Stimme, so dass wir in dieser Gruppe mit der Union gleichziehen konnten. Aber auch die Ergebnisse bei ArbeitnehmerInnen (26%, +3, Platz 1), Angestellten (24%, +4, Platz 1) und mit Abstrichen bei Arbeitslosen (23%, +/- 0,

Platz 1) sind erfreulich. Betrachtet man das Wahlverhalten nach Bildungsabschluss ergibt sich folgendes Bild: Hauptschulabschluss 36% (+8, Platz 1), Mittlere Reife 26% (+7, Platz 1), Hochschulreife 23% (+5, Platz 1), Hochschulabschluss 21% (+5, Platz 2, Platz 1: Grüne, 26%). Der Blick auf die Altersgruppen zeigt, dass wir bei den jüngeren Wähler*innen gegen den Trend sogar verloren haben: 18-14 Jahre 15% (-4), 25-34 Jahre 17% (-1). Deutliche Zuwächse jedoch mit steigendem Alter: 35-44 Jahre 20% (+4), 45-59 Jahre 26% (+6), 60-69 Jahre 32% (+9), 70 Jahre und älter 35% (+10).

In der Gesamtschau zeigt sich – so jedenfalls meine Interpretation – dass wir in den Gruppen, für die der Klimaschutz in besonderem Maße das wichtigste Thema ist, nicht durchdringen konnten – insbesondere bei den jüngeren Wähler*innen und bei denjenigen mit Hochschulabschluss –, ansonsten aber durchgehend Zugewinne zu verzeichnen haben. Sollte es mit der Regierungsbildung klappen, wird es darauf ankommen, durch Regierungshandeln zu zeigen, dass die SPD in Sachen Klimaschutz durchaus auf der Höhe der Zeit angekommen und vor allem als Umsetzungsmotor wichtig ist.

Zum Abschluss noch zwei Ergebnisse, die mich besonders gefreut haben: Auf die Frage, welche Partei die besten Antworten auf die Fragen der Zukunft hat, nennen 18% und damit 11% mehr als noch vor vier Jahren, wieder die SPD (Platz 2, Platz 1 Grüne 20%). Und: Wird gefragt, welche Partei für angemessene Löhne, eine sichere Altersvorsorge und soziale Gerechtigkeit

keit sorgt, steht die SPD unangefochten und mit weitem Abstand auf Platz 1.

Nachdem die SPD durch das Sozialstaatskonzept auf dem Bundesparteitag 2019 die Auseinandersetzungen um die Agenda-Politik endlich hinter sich gelassen und sich ein Stück weit mit sich selbst versöhnt hat, scheint dies auch mit den Wählerinnen und Wählern gelungen zu sein. Nach vielen Jahren der Glaubwürdigkeitskrise (Mehrwertsteueranhebung, Rente mit 67, Hartz-Reformen) sind wir endlich auch in ihren Augen wieder die Partei

der sozialen Gerechtigkeit!

Diese Erwartungen gilt es nun in einer neuen Bundesregierung zu erfüllen, denn das Wahlergebnis ist zunächst einmal ein Vertrauensvorschuss und eine (fast schon unverhoffte) zweite Chance. Es kann gelingen – und wer Olaf beobachtet, spürt, dass er es kaum erwarten kann, eine Regierung zu bilden, die die zentralen Zukunftsaufgaben entschlossen angeht und dies in einer gerechteren Gesellschaft des Respekts!

Die Bundestagswahl in Eimsbüttel

Bei aller Freude über das Wahlergebnis auf Bundesebene, blieb am Wahlabend doch ein dicker Wermutstropfen: Mit ganzen 412 Stimmen Rückstand haben wir das Direktmandat im Wahlkreis 20 (Bezirk Eimsbüttel) an die Grünen verloren. Und das trotz eines wirklich engagierten Wahlkampfes aller unserer Gliederungen, die an Infoständen, bei Morgenröten und Tür-zu-Tür wirklich um jede Stimme gekämpft haben. Ganz herzlichen Dank für Euren Einsatz! Auch bei uns in E-Süd hat es viel Spaß gemacht und es war toll zu sehen, wie viele immer wieder mithelfen wollten, damit es mit dem Wahlsieg im Bund gelingt und damit Niels Annen sein Bundestagsmandat verteidigen kann. Letzteres ist zum Glück über die Landesliste gelungen, so dass wir weiterhin einen der unseren – und was für einen ;-)- im Bundestag wissen. Herzlichen Glückwunsch,

lieber Niels, und Hochachtung, Respekt und Dank für den unglaublichen Einsatz, den Du in den vergangenen Monaten hier vor Ort gezeigt hast!

Für uns ist es vor allem auch im Hinblick auf kommende Wahlen wichtig, sich das Wahlergebnis genauer anzuschauen. Auf der Ebene des Gesamtbezirks ergibt sich folgendes Bild:

Die Wahlbeteiligung liegt mit 83,1% deutlich über dem Bundesschnitt (77,8%) und damit für einen großstädtischen Wahlkreis bemerkenswert hoch.

Nach Zweitstimmen liegen die Grünen mit 29,9% vorn, gefolgt von uns mit 28%, der CDU mit 14,9%, FDP 11,3%, Linke 6,8%, AfD 3,5%. Vor allem die Gewinne und Verluste sind beeindruckend: Die Grünen gewinnen 12,9% (!), wir immerhin

5,7%, während CDU (- 12,1), Linke (-5,7) und AfD (-2,4) einbrechen. Die FDP geht quasi unverändert (+0,1) ins Ziel.

Noch eklatanter ist das Erststimmenergebnis. Hier gewinnen die Grünen 14,8% (!) hinzu und liegen mit 29,9% um die besagten 412 bei 160.000 abgegebenen Stimmen vor uns (29,6%, -2,0) und der CDU mit 17,1% (-11,6). Es war hauchdünn, und dennoch bestätigt sich ein Trend, den wir schon in den letzten Wahlen beobachten konnten. Eimsbüttel entwickelt sich immer mehr zur Grünen Hochburg. Die CDU wird weitgehend marginalisiert und wir schaffen es nur noch dann, wenn die äußeren Umstände sehr positiv sind, die Grünen hinter uns zu lassen (Bürgerschaftswahl) oder ihnen zumindest sehr nahe zu kommen (BTW).

Schaut man sich die Ergebnisse in den Stadtteilen an, erkennt man ein eklatantes Gefälle zwischen dem Kerngebiet und den äußeren Stadtteilen. Während in Eidelstedt 39,7% der Erststimmen auf Niels entfielen (Grüne 16,2), waren es in Rotherbaum 20,2% (Grüne 34,4). In den vier Kerngebietsstadtteilen (Rotherbaum, Harvestehude, Eimsbüttel und Hoheluft-West) liegen die Grünen mit deutlichem Abstand vorn, die Urbanisierungszonen Lokstedt und Stellingen können wir (nur) noch knapp behaupten, nur Niendorf, Eidelstedt und Schnelsen gehen klar an uns. Im Kerngebiet wohnen 42% der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung ist hier mit Abstand am höchsten (knapp 90%). Wollen wir im Bezirk wieder mehrheitsfähig werden, müssen wir (zumindest auch) unsere Ergebnisse im Kerngebiet verbessern. Bei ei-

ner Wahlbeteiligung von 90% ist dies weniger eine Mobilisierungsfrage, sondern eine Überzeugungsfrage. Unsere Aufgabe lautet also, Sozialdemokratische Politik stärker in unsere Stadtteile zu vermitteln, aber auch eigene, markante kommunalpolitische Inhalte vor Ort zu entwickeln, die mit der SPD verbunden werden und so Wählerinnen und Wähler zurück oder neu zu gewinnen.

Die Stadtteile unseres Distrikts, Hohe- luft-West und Eimsbüttel, sind die größten grünen Hochburgen des Bezirks (Eimsbüttel 42,2%, Hoheluft-West 41,7%). Hier waren auch ihre Gewinne am größten (+18,4 Eimsbüttel, +20,9 Hoheluft). Die Ausgangsbedingungen könnten also besser sein. Allerdings können wir trotzdem immer noch auf eine Wählerinnenbasis bauen, die uns zu einer wichtigen politischen Kraft macht. Mit 24,6% in Eimsbüttel und 25,3% in Hoheluft-West bewegen wir uns nahe dem Bundesschnitt.

Die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung hat sich in unseren Stadtteilen in den letzten beiden Jahrzehnten rasant verändert. Das kann jedeR beobachten und es lässt sich auch an den Wahlergebnissen ablesen. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Wollen wir dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen, müssen wir nach neuen Wegen und neuen Themen suchen, um unsere Wahlergebnisse wieder zu verbessern. Das wird anstrengend und die Möglichkeiten eines Distrikts sind begrenzt, aber es kann und wird sicher auch Spaß machen. Wir sollten uns auf den Weg machen!

von Uwe Giffel

Möglichkeiten und Grenzen der CO₂-Bepreisung in Kampf gegen die Erderwärmung

Wie kann der Klimawandel aufgehalten, wie kann das Pariser Klimaschutzziel noch erreicht werden? Und wie kann das auf eine Art und Weise gelingen, die eine gesellschaftliche Mehrheit für diese Maßnahmen über den Tag hinaus wahrscheinlich macht? Diese Fragen umreißen die wohl nicht nur für die nächste Bundesregierung wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Der Handlungsdruck ist enorm. Zuletzt hat auch das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass heute deutlich größere Anstrengungen nötig sind, um nicht die Handlungsmöglichkeiten der zukünftigen Generation auf ein Minimum zu begrenzen.

Es gilt, den CO₂-Ausstoß zügig und erheblich zu begrenzen und das Ziel der CO₂-Neutralität möglichst schnell zu erreichen. Welche Instrumente stehen dafür zur Verfügung und welche Folgen hätte es für die Gesellschaft, sie jeweils einzusetzen?

Eine Steuerung über den Preismechanismus wird dabei breit diskutiert. Ein CO₂-Preis könnte Investitionen in emissionsfreie oder -arme Technologien anregen. Doch führt eine Steuerung, die maßgeblich über den Preis funktionieren soll, nicht zu

erheblichen Gerechtigkeitsfragen? Ist es ok, wenn einige sich es sich schlicht leisten können, Emissionen zu produzieren und andere halt nicht? Und welche Folgen hätte eine Steuerung über den Preis für die industrielle Struktur der Bundesrepublik? Käme es tatsächlich zu technologischen Innovationen oder doch eher zur Verdrängung und Abwanderung in Staaten mit weniger strengen Auflagen?

Wir wollen mehr über das Instrument CO₂-Preis, seine Chancen und Grenzen erfahren und haben dafür Dr. Maximilian Willner gewinnen können, der an der Universität Hamburg zu diesem Thema forscht.

Eine Teilnahme per Zoom ist ebenfalls möglich. Schreibt uns, falls Ihr die Zugangsdaten nicht ohnehin über den SPD-Verteiler erhalten solltet.

**Mitgliederversammlung am
26.10.2021, 19:30 Uhr, Kreishaus
mit Dr. Maximilian Willner
(Universität Hamburg)**

Auf nach Hitzacker!

Wer bereits in Hitzacker mit dabei war, verspürt um diese Jahreszeit möglicherweise plötzlich eine diffuse Sehnsucht nach Torten, Tannenbaumkegeln und Spaziergängen im Kreise von besonders netten Genossinnen und Genossen. Nachdem wir uns im letzten Jahr pandemiebedingt nur in einem Online-Seminar treffen konnten, kann diese Sehnsucht in diesem Jahr wieder gestillt werden:

Vom 12.11. - 14.11.2021 findet das traditionelle Hitzacker-Seminar wieder vor Ort im Hotel Waldfrieden statt!

Dort wollen wir mit euch das Wochenende nutzen, um uns gemeinsam mit der Frage zu beschäftigen, wohin sich die Gesellschaft entwickelt und wie wir als SPD darauf reagieren wollen. Als Referenten haben wir Dr. Alexander Petring eingeladen, der sich als Leiter des Strategischen Zentrums im Willy-Brandt-Haus mit der strategischen Ausrichtung der SPD beschäftigt und uns sicher einen spannenden Impuls für unsere Diskussionen geben kann. Neben den großen Linien wollen wir uns natürlich auch die Situation in Hamburg und in unserem eigenen Distrikt genauer ansehen: Wie ist eigent-

lich unsere Mitgliederstruktur? Und was folgt daraus? Wie hat Eimsbüttel gewählt? Welche Themen treiben uns um?

Das Programm haben wir nach der langen Coronapause in diesem Jahr ganz bewusst so gestaltet, dass viel Raum bleibt, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Um keine Risiken einzugehen, haben wir uns entschieden, das Seminar als 2-G-Veranstaltung stattfinden zu lassen. Selbst Kegelbahnfreund:innen können so auf ihre Kosten kommen.

Kostenbeitrag: 150 Euro (50 Euro für Geringverdienende) für zwei Übernachtungen (alles inklusive). Weitere Informationen zur Anmeldung und Organisation erhaltet ihr in den nächsten Tagen per E-Mail. Wir freuen uns, wenn ihr dabei seid!



AG Klimaschutz reicht Antrag für den Bundesparteitag ein

Umwelt- und klimaschädliche Subventionen im Energiesektor konsequent abbauen, um den geplanten massiven Ausbau der erneuerbaren Energien nicht zu behindern, sondern zu befördern.

Im Wahlprogramm und im Wahlkampf hat die SPD mit der notwendigen Dringlichkeit betont, den Ausbau erneuerbarer Energien in bisher unbekannter Größenordnung zügig umzusetzen: Bis spätestens 2045 soll Deutschland klimaneutral sein. Dafür machen wir Tempo beim Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromnetze. Wir brauchen neue Stromspeicher und eine nachhaltige Wasserstoffproduktion. [...] Dabei gilt, je schneller der Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erfolgt und je schneller die nötigen Stromleitungen und Verteilnetze gebaut werden, desto eher kann auf fossile Energieträger verzichtet werden. Damit dieser Ausbau nicht verhindert, sondern befördert wird, müssen gleichzeitig klimaschädliche Subventionen abgebaut werden. Warum das so wichtig ist, ist hier zusammengefasst:

Subventionen sind finanzielle staatliche Zuschüsse, die nicht an eine direkte Gegenleistung gebunden sind. Empfänger von Subventionen können Staaten, Unternehmen oder private Haushalte sein. Subventionen fließen direkt (Finanzhilfen) oder indirekt (Steuervergünstigungen). Zum Gelingen der sozial-ökologischen

Transformation nehmen klimafreundliche Subventionen ständig zu. Gleichzeitig existieren nach wie vor klimaschädliche Subventionen in Milliardenhöhe. Die Forderung, klimaschädliche Subventionen abzubauen, ist gar nicht neu, sondern ein bereits 2016 gestecktes Ziel der Bundesregierung – Zeit es jetzt umzusetzen!

Zielsetzung und Berichte der Bundesregierung über den Abbau von fossilen Subventionen

Nach der Ratifizierung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 und dessen Zielsetzung die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C und möglichst auf 1,5°C zu begrenzen, verabschiedete die Bundesregierung 2016 den Klimaschutzplan 2050. Darin ist in einem Unterkapitel das Ziel Abbau umweltschädlicher Subventionen explizit festgehalten. Um den Klimaschutzplan 2050 umzusetzen, wurde 2019 das Klimaschutzprogramm 2030 verabschiedet. In dem Klimaschutzprogramm 2030 werden umwelt- und klimaschädliche Subventionen allerdings nicht mehr erwähnt. Das Wort Subvention erscheint lediglich einmal, und zwar in einer Fußnote, um das Konzept von Nachhaltige Finanzen zu erläutern. Die Friedrich Ebert Stiftung kritisiert: Stattdessen enthält das Klimaschutzprogramm eine Vielzahl steuerlicher Maßnahmen und Zuschüsse, mit denen gegen die Preisverzerrungen

bei fossilen Energieträgern „angefördert“ werden soll. Die Tatsache, dass kein Abbau von klimaschädlichen Subventionen in dem Klimaschutzprogramm enthalten ist, erscheint grotesk, denn genau dieses Programm soll auch sicherstellen, dass der Reduktionspfad der Bundesregierung zunächst bis 2030 – festgelegt durch das Klimaschutzgesetz und dessen Klimaziele – eingehalten wird.

Auf internationaler Ebene ist man in diesem Jahr einen bedeutenden Schritt weiter gekommen – zumindest auf dem Papier: Die Umwelt- und Klimaminister*innen der G7 Staaten haben vereinbart, die staatliche Finanzierung von herkömmlichen Kohlekraftwerken bis Ende dieses Jahres zu beenden: Die G7 sind sich einig, dass weltweit weitere Investitionen in Kohleverstromung jetzt stoppen müssen, da sie nicht mit dem Ziel vereinbar sind, die 1,5-Grad-Temperaturgrenze in Reichweite zu halten.

In Deutschland fehlt es jedoch bisher an einer konkreten Umsetzung des Abbaus von fossilen Subventionen: Die Bundesregierung selber berichtet regelmäßig über Subventionsbericht von 2019 hieß es zwar: Auch mit Blick auf negative Umweltwirkungen sind Subventionen grundsätzlich kritisch zu hinterfragen [...] Zu einer klimafreundlichen Ausgestaltung des Finanz- und Steuersystems gehört auch der weitere Abbau umweltschädlicher Subventionen. In dem Bericht lässt sich jedoch keine Strategie zum Abbau dieser Subventionen finden. In dem aktuellen Subventionsbericht 2021 (August) taucht zwar erneut das

allgemeine Bekenntnis auf, Subventionen kritisch zu hinterfragen. Tatsächlich ist jedoch keine relevante Reduktion von fossilen Subventionen zu erkennen.

Ökologische Schäden

Ursache der globalen Erwärmung ist die Verbrennung fossiler Energien (Kohle, Erdöl und Erdgas). Die freigesetzten Treibhausgase werden für Tausende von Jahren in die Atmosphäre gegeben. Da der Anstieg der globalen Temperatur bereits bei 1,1 Grad liegt, ist eine schnelle Reduktion aller Treibhausgase erforderlich: Innerhalb der Sektoren, die Treibhausgase in die Atmosphäre emittieren, verursacht der Energiesektor 30% der gesamten Treibhausgasemissionen: 24% der Gesamtemissionen entstehen allein in Kohlekraftwerken. Angesichts der dringlichen Reduktion von Treibhausgasen zur Erreichung der Klimaziele von Paris (möglichst 1,5 Grad) ist eine weitere Förderung von Kohleverstromung grotesk: Statt Kohle weiter zu subventionieren, muss die Transformation von einer fossilen zu einer klimaneutralen Gesellschaft und somit auch der umfassende Umstieg auf erneuerbare Energien so schnell wie möglich erfolgen. Dieser Transformationsprozess kann jedoch nur mit der notwendigen Geschwindigkeit vorgehen, wenn fossile Subventionen ihn nicht weiter verlangsamen oder gar blockieren.

Finanzielle und wirtschaftliche Schäden

Die Friedrich Ebert Stiftung hat 2020 in der Studie „Umlenken“: Subventionen

abbauen, Strukturwandel gestalten, Klima schützen die Höhe staatlicher Mittel in fossile Subventionen des Energiesektors ausgerechnet. Die erfassten 24 Subventionen im Energiesektor haben einen Umfang von 16 Milliarden Euro pro Jahr. Davon sind elf Subventionen mit einem Umfang von 6 Milliarden Euro auch im Subventionsbericht der Bundesregierung enthalten (2018). Diese betreffen die Gewinnung von Kohle, die Erzeugung von Strom durch Verbrennen der Kohle und den Energie- und Stromverbrauch.

Fossile Subventionen belasten den Staatshaushalt nicht nur kurzfristig in Milliardenhöhe, sondern führen zusätzlich zu Klimafolgeschäden (wie zuletzt in NRW und RP gesehen). Weitere wirtschaftliche Schäden entstehen dadurch, dass Subventionen fossile Technologien künstlich wirtschaftlich am Leben halten. Dadurch wirken sie investitionshemmend für klimafreundliche und nachhaltige Märkte, Unternehmen und Produkte.

Soziale Schäden

Wenn all die oben genannten ökologischen und wirtschaftlichen Schäden nicht von den Verursachern bezahlt werden, werden sie wie bisher auf die Allgemeinheit umgelegt. Das ist im Grundsatz zutiefst unsozial und nicht mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar! Einzelne Unternehmen dürfen nicht weiter zu Lasten der Allgemeinheit „belohnt“ werden.

Einige Subventionen waren aus sozialer Perspektive gerechtfertigt: Das betrifft beispielsweise das Anpassungsgeld für die

ehemaligen Beschäftigten im Steinkohlebergbau. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es selbstverständlich, dass die Beschäftigten in der Braunkohle, die auf Grund des früheren Ausstiegs aus der Kohle ihre Arbeit verlieren, nicht zurückgelassen werden. Gleichzeitig darf die Abschaffung von fossilen Subventionen durch einen ausschließlichen Blick auf Beschäftigte nicht verhindert werden und würde auch diesen nicht gerecht werden. In der Windkraftindustrie wurden allein 2017 26.000 Arbeitsplätze abgebaut, ohne, dass Entschädigungen gezahlt wurden.

Ein zusätzlicher sozialer Schaden entsteht durch die weitere drohende Abholzung von Wäldern (beispielsweise des Hambacher Forsts) und Umsiedelung von Dörfern. Dies hat in der Vergangenheit bereits zu großen medial begleiteten Protesten der Gesellschaft geführt. Eine weitere Umsiedelung – Zerstörung von Dörfern – kann zu weiteren Konflikten zwischen Politik und Gesellschaft führen. Das Argument der Versorgungssicherheit ist hier nicht gegeben: Das Institut Agora Energiewende kam in dem veröffentlichten Bericht Klimaneutrales Deutschland 2020 zu dem Ergebnis, dass die Kohle unter den meisten Dörfern zur Sicherung der Stromversorgung nicht mehr gebraucht wird, zumindest im Rheinland müsste keines mehr abgerissen werden.

Ein weiterer gesellschaftlicher Schaden entsteht überdies durch die Gefährdung von CO₂-relevanten Freiheitsrechten nach 2030. Dies hat das Bundesverfassungsgericht im März 2021 bestätigt: (Es) darf nicht einer Generation zugestanden wer-

den, unter vergleichsweise milder Reduktionslast große Teile des CO₂-Budgets zu verbrauchen, wenn damit zugleich den nachfolgenden Generationen eine radikale Reduktionslast überlassen und deren Leben umfassenden Freiheitseinbußen ausgesetzt würde. Weitere massive Subventionen in fossile Energien gefährden eine ausreichend schnelle Reduktion der Treibhausgase und damit mittelbar auch die Freiheitsrechte insbesondere der jüngeren

Generationen. Das ist unsozial und sollte daher aus sozialdemokratischer Sicht verhindert werden.

Der Distriktvorstand hat dem Antrag nach einer detaillierten und konstruktiven Diskussion zugestimmt. Wir hoffen, dass sich der Bundesparteitag mit dem Thema auseinandersetzen wird!

von Moritz Darmstadt

Erinnern genügt nicht – wir brauchen eine Antisemitismus-Prophylaxe

Wenn man in den letzten Tagen und Wochen die Nachrichten verfolgt hat, konnte man den Eindruck gewinnen, dass antisemitische Übergriffe an der Tagesordnung sind. Natürlich vermischte sich da die Erinnerung an den Anschlag von Halle mit neuen Meldungen von Übergriffen oder Anfeindungen.

Bald ist November und vielerorts werden Menschen sich auf den Weg machen, um Stolpersteine zu reinigen und das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu wahren. Aber genügt das? Reicht es, sich zu erinnern und gegenseitig zu ermahnen nur nicht zu vergessen?

Ich denke, nein! Die deutsche Art der Erinnerungskultur ist bisher kein erfolgreicher Weg gewesen, dem Antisemitismus in unserer Gesellschaft entgegenzutreten. Antisemitismus ist in weiten Teilen unse-

rer Gesellschaft verbreitet und er ist kein Phänomen der gesellschaftlichen Ränder. Er hat sich zwar seit dem Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden in seiner Form etwas gewandelt, er war und ist aber immer da (gewesen). Vielfach wird heute der jüdische Staat Israel als Chiffre für Jüdinnen und Juden genutzt, wird der Antisemitismus als „Israelkritik“ verkauft.

Deshalb brauchen wir neue Strategien und ein zukunftsorientiertes Handeln, um dem Hass auf Jüdinnen und Juden entgegenzutreten. Damit junge Menschen keine Antisemiten werden, brauchen wir mehr als nur Erinnerung(skultur). Sie müssen Erfahrungen machen können. Sie dürfen Jüdinnen und Juden nicht das Fremde, das Andere sehen lernen. Und das wird nur gelingen, wenn sie in Beziehung treten und in den Austausch kommen.

Viele Menschen haben keine oder kaum Berührungspunkte mit jüdischem Leben. Aus diesem Grund bin ich sehr für einen engeren Austausch zwischen deutschen und jüdischen Jugendlichen. Wie kann ich besser lernen als durch Begegnung? Ich setze mich deshalb für einen Jugendaustausch ein, der das Gemeinsame und nicht das Trennende hervorhebt. Ein Programm, das es jungen Menschen ermöglicht die Gemeinsamkeit zu zelebrieren. Eine Sportgruppe besucht eine Sportgruppe in Israel. Ein Jugendclub arbeitet mit jugendlichen aus Israel an einer Hip Hop Performance. Die Landjugend schaut sich an, wie in Israel Landwirtschaft betrieben wird. Die Möglichkeiten und Ideen kann man schier endlos weiterentwickeln. Über ein gemeinsames Hobby kommt man in den Austausch. Welchen integrativen Cha-

rakter gemeinsame Aktivitäten haben, wissen wir aus diversen Integrationsprojekten in unserer Stadt. Gemeinsam an etwas zu arbeiten, gemeinsame Erlebnisse schaffen eine Verbindung. Gemeinsame Projekte zwischen Deutschland und Israel gibt es in den verschiedensten Bereichen.

Wirtschaftsdelegationen und Forschungseinrichtungen arbeiten in vielen Bereichen bereits lange und gut zusammen. Ich würde die Bereiche der gemeinsamen Projekte gerne erweitern und ihnen einen Bildungsauftrag zu Grunde legen. Vorurteile abbauen und freundschaftliche Verbindungen aufbauen soll das Ziel dieser „Reise“ sein.

von Vanessa Mohnke

SAVE-THE-DATE

**Am Dienstag, den 7. Dezember,
19 Uhr, findet unsere Weihnachtsfeier
im Kreishaus statt.**

Wir freuen uns auf Euch!



MITMACHEN

TERMINE

Infostand Osterstraße mit Moritz Altner

Samstag, 16.10.2021, 11 Uhr,
Fanny-Mendelssohn-Platz

Vorbesprechung KDV

Freitag, 22.10.2021, 19 Uhr, Zoom

Kreisdelegiertenversammlung (KDV)
Kreisvorstandswahlen & Antragsberatung
Samstag, 23.10.2021, 11 Uhr, hybrid/KuSchu

Mitgliederversammlung

Zur CO₂-Bepreisung mit Dr. Maximilian Willner (Uni Hamburg)
Dienstag, 26.10.2021, 19:30 Uhr, Kreishaus

Laternenumzug

Samstag, 30.10.2021, 18:30 Uhr, Eingang
Sternschanzenpark ggü. U-Bahn Schlump

Vorbesprechung Landesparteitag (LPT)

Freitag, 4.11.2021, 19 Uhr, Zoom

Landesparteitag (LPT)

Antragsberatung & Landesvorstandswahlen

Freitag, 4.11.2021, hybrid/Wilhelmsburg
Samstag, 5.11.2021, hybrid/Wilhelmsburg

Distriktswochenende in Hitzacker

12.-14.11.2021 (G2)

Infostand Osterstraße mit Moritz Altner

Samstag, 20.11.2021, 11 Uhr, Osterstraße/
Ecke Heußweg (vor Karstadt)

Mitgliederehrung und Weihnachtsfeier

Dienstag, 7.12.2021, 19 Uhr, Kreishaus

KONTAKT

Meldet Euch gerne mit Fragen und Anregungen bei uns:

Kristin Biesenbender & Uwe Giffei
Distriktvorsitzende
Tel. 0172 / 1865144 (Uwe) oder
0170 / 1291349 (Kristin)
E-Mail: kristin.biesenbender@web.de oder
ugiffei@web.de

Heide Wedemeyer
Stv. Distriktvorsitzende
E-Mail: Heide.Wedemeyer@hamburg.de

Kai Grimm
Kassierer
E-Mail: kgrimm@posteo.de

Dirk Enzmann
Mitgliederbeauftragter
Tel. 01520 / 3450545
E-Mail: dirk.enzmann@uni-hamburg.de

Vincent Eckert
Juso-Gruppe
Tel. 0152 / 34592179
E-Mail: veckert@posteo.de

Homepage:
eimsbuettel-sued.spd-hamburg.de

Slack: esued.slack.com

Facebook: facebook.com/spdesued

Instagram: spdeimsbuettelsued